Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 1 — Sonnabend, den 1. Januar 1921 — 25. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Zur Beachtung! Notizen unter dieser Rubrik werden nur dann jede Woche wiederholt, wenn der Schriftleitung bis spätestens Montag früh entsprechende Mitteilung vorliegt.

Gesperrt:

Firma Martin Peter in Durnhalt (Baden). Grabsteingeschäft Fr. Martin in Pforzheim. Werkplatz und Bruch der Firma Birk u. Co. in Ochsenfurt. Grabsteingeschäft von Ehrhardt u. Hauser in Saalburg. Marmorgeschäft Fr. Müller, Karlsruhe. Gebr. Frey u. Wieland in Dillingen.

Streik:

Im Schönbach-Rother-Basaltwerk ist seit 19. 12. 20 die Arbeit eingestellt, weil die Firma sich weigert, die Nachzahlungen zu leisten, die andere Firmen bereits bezahlt haben.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den bereits genannten Orten: nach Halle (Steinmetzen), nach Saargemünd in Lothr., nach Stuttgart. Im Löbauer Bezirk des Schleifereitarifs haben die Hilfsarbeiter ihr Arbeitsverhältnis gekündigt, weil alle Versuche, ihre niedrigen Löhne zu erhöhen, fehlgeschlagen sind.

Erledigte Bewegungen:

Kirn und Umgebung. (Schotter- und Pflastersteinindustrie.) Der Schlichtungsausschuß in Kreuznach fällte folgenden Spruch: Die Teuerungszulagen vom Oktober 1920 sind um 50 Prozent ab 29. November zu erhöhen. Pro Stunde umgerechnet entspricht dies einer Zulage für Verheiratete mit Kindern 25 Pf., ohne Kinder 15 Pf. Ledige über 18 Jahre 10 Pf., unter 18 Jahre 5 Pf. Fürwahr eine brauchbare „Zulage". Gefordert waren 50 Prozent auf die Stundenlöhne. Dieser Schiedsspruch trägt sicher nicht dazu bei, um das Vertrauen zu solchen Instanzen zu fördern.

Carl Legien gestorben.

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir Kenntnis von dem Tode des Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, unseres Genossen Carl Legien. Sein Tod bedeutet für die deutsche Arbeiterschaft einen großen Verlust; geboren am 1. Dezember 1861 zu Marienburg in Westpreußen, von Beruf Drechsler, ist er knapp 59 Jahre alt geworden. Der Name Carl Legien und die deutsche Gewerkschaftsbewegung sind innig verbunden, ist sein Lebenswerk. Trotz aller Anfeindungen und Verunglimpfungen, die besonders ihm angehangen wurden früher und jetzt, hat er unbeirrt sein Ziel verfolgt. Seine Erfahrungen sind nicht zu ersetzen, sein Rat und sein gesundes Urteil in allen wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten, die die deutsche Arbeiterschaft angehen, werden immer fehlen. Wer Carl Legien nicht nur vom Erzählen kennt und seine Tätigkeit für die deutsche Gewerkschaftsbewegung mit verfolgt hat, der wird ohne weiteres eingestehen müssen, daß ihm viel Unrecht mit Angriffen auf seine Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft geschehen ist. Er hat sich aber dadurch durchaus nicht irritieren lassen und die zahlenmäßige Entwicklung unserer Gewerkschaftsrichtung berechtigten ihn zur Befriedigung und zu einem gewissen Stolz über die 8-Millionenzahl. Es ist nicht angängig, in einem kurzen Nachruf die Verdienste Carl Legiens zu würdigen; wer in der Arbeiterbewegung steht und sich um ihre Entwicklungsjahre gekümmert hat, wird bei objektiver Feststellung sagen müssen: Der Verstorbene war ein Führer in allen schwierigen Situationen, sein Tod ist ein großer Verlust für die Arbeiterschaft und an seiner Bahre wird, dessen sind wir sicher, die Meinungsverschiedenheit in den Hintergrund treten und der allgemeinen Trauer den Platz einräumen. Ein Großer ist von uns gegangen!

Zum neuen Jahr.

Mit Glockenklang wird nach altem Brauch das neue Jahr eingeläutet. Auch beim diesjährigen Jahreswechsel wird diese symbolisch-feierliche Formel des Austritts aus dem alten und des Eintritts in das neue Jahr erklingen. Dieses Glockengetön wird aber bei uns keinesfalls besondere Zukunftshoffnung auslösen. Zu schrecklich und leidensvoll war unsere letzte Vergangenheit. Und nur trübe Aussichten eröffnete die Zukunft. Das Aufflackern der deutschen Industrie, das schon um die Mitte des Jahres 1919 eingesetzt hatte und sich bis in den Sommer des Jahres 1920 hineingezogen hat, war nur trügerischer Schein. Der Versailler Gewaltfrieden und dessen Auswirkungen, diese Fortsetzung des Weltkrieges mit anderen Mitteln und ebenso zerstörend wie opferreich, schließt eine andere Art der Wirtschaftsbewegung erbarmungslos aus. Die Entwertung unserer Valuta, diese natürliche Folge unseres Papiergeldüberflusses, das sprunghafte Steigen und Fallen dieser Valuta drückte unserem ganzen Fabrikations- udn Geschäftsgebaren den Stempel ärgster Unsicherheit auf. Dazu der Nahrungsmittel- und Rohstoffmangel, der durch die rapide Geldentwertung in keiner durchgreifenden Weise behoben werden kann, ferner die Bedrückung der im Weltkrieg unterlegenen Völker durch immer neue Gewaltdiktate der siegreichen Entente, die Besetzung und tributäre Aussaugung weiter Landesteile, das ungewisse politische Schicksal großer Länderstrecken, die Kohlentribute, all diese Dinge sind geeignet, uns mit düsteren Zukunftserwartungen zu erfüllen.

Eine Auswirkung all der genannten ententistischen Repressalien und ungewissen kommerziellen Verhältnisse zeigte die im Sommer 1920 plötzlich hereinbrechende Wirtschaftskrise, die sofort mit unheilvoller Gewalt einsetzte und Hunderttausende aufs Straßenpflaster warf, obwohl alle Welt nach Produkten aller Art, nach Wohnung und Kleidung schreit. Und wenn nun in den letzten Monaten sich hier und dort wieder eine etwas stärkere Belebung des Wirtschaftsmarktes bemerkbar gemacht hat, so können wir leider nicht glauben, daß jetzt der Leidenskelch der Völker geleert sei und daß nunmehr eine langsame Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse Platz greife. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die letzten Reste deutschen Fleißes ausverkauft werden, und wir können — so gern wir es möchten — nicht daran glauben, daß unsere Not sich wirklich beheben kann, denn all die Hindernisse im Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens sind ja immer noch vorhanden! Noch immer der jammervolle Valutastand, noch immer die dadurch behinderte Zufuhr von Rohstoffen und notwendigen Nahrungsmitteln, noch immer Repressalien aller Art, noch immer über uns das Damoklesschwert des Versailler Diktatfriedens. Und keine Aussicht ist vorhanden, diesem ungewissen Zustand ein Ziel zu setzen...

Ach ja, sie waren zusammen, die routinierten Politiker und Finanziers aller Länder, um zu beraten, wie den schwerbedrängten Staaten und Völkern zu helfen sei. Aber allen war das Eisen zu heiß, sie schwangen gelehrte, tiefgründige Reden, aber alle fühlten sich als Diener und Sklaven des Mammonismus, der kapitalistischen Wirtschaftsweise, als Sachwalter der Geldinteressen ihrer diversen „Vaterländer" und alle bekeuerten ihre menschliche Teilnahme an den hungernden und frierenden Menschen, ohne aber zu durchgreifenden Maßnahmen zu raten. Gewiß, man möchte helfen, möchte die Geldwährung stabiler gestalten, möchte Rohstoffe und Nahrungsmittel geben, aber man möchte dabei auch auf kein Jota des dreimal heiligen und vierfach garantierten Profits verzichten. Und vor allem möchte man die Daumschrauben des Diktatfriedens nicht lockern, so daß jedes Aufkommen gesünderer Zustände verhindert wird. Und so konferierte man munter darauf los und den notleidenden Völkern plätscherten nicht nahrhafte Suppen, sondern seichte Reden in den Bauch...

Und so wird trotz mancher sich regenden Vernunftstimme fortgewurstelt werden auch im neuen Jahre. Wir glauben es gern: Diesem gewaltigen Völkerunglück stehen die Vertreter des herrschenden Kapitalismus aller Länder ratlos gegenüber. Denn sie können nicht aus ihrer kapitalistischen Haut und möchten — soweit es die Entente betrifft — kein Jota ihrer Siegerrechte missen. Und dabei merken die Verblendeten nicht, daß sie auf einem Vulkan stehen, der schließlich die Welt und damit auch ihre wichtigen Persönchen zu verschlingen droht. Denn durch diese Starrköpfigkeit und Nichterkenntnis werden furchtbare Gefahren heraufbeschworen. Auf der einen Seite der Haß gegen die Unterdrücker, der schäumende nationalistische Wellen schlägt, auf der anderen Seite der Haß gegen das kapitalistische System, das diesen Zustand verschuldet hat und dem es nun geht wie dem Goetheschen Zauberlehrling, der die heraufbeschworenen Geister der Ueberschwemmung nicht los werden kann. Und zum dritten das Faktum, daß der Untergang des einen Volkes den des anderen Volkes nach sich ziehen muß, denn heute erleidet der feingegliederte Mechanismus unserer Weltwirtschaft den allergrößten Schaden, wenn auch nur ein Glied aus dieser Kette herausgerissen wird. Eins sinkt schließlich zerrissen zum anderen und nur das Chaos ist der Enderfolg.

Hier helfen keine noch so gutgemeinten Palliativmittelchen mitleidiger Quäker und Menschenfreunde. Hier kann nur der gute Wille aller unter Hintansetzung aller Eigenbrötelei und vermeintlichen Sonderinteressen helfen. Und diesem guten Willen muß unmittelbar die Tat folgen. Gebe man den notleidenden Völkern die ihnen fehlenden Rohstoffe, um die fleißigen Hände rühren zu können, daß sie Kulturwerte schaffen, die allen Völkern fehlen. Setze man sie in den Stand, sich wieder erträglich nähren zu können, gebe man ihnen die Mittel, um ihre Blöße bedecken, um wieder anständig wohnen zu können. Vernichte man den Machtschrei nach Vergeltung, Menschenhand finde sich in Menschenhand, löse man die Ketten des Gewaltfriedensvertrages, gehe man endlich über zur Politik der Völkerversöhnung! Nur dann wird es möglich sein, die blutende und darbende Menschheit wieder langsamer Gesundung entgegenzuführen.

Wird man das tun? Im Bereich des Möglichen liegt es und Anzeichen aufdämmernder Vernunft sind vorhanden. Allerdings gehört dazu weise Erkenntnis und auch ein wenig mehr Menschenliebe, als bisher sich zeigte, es gehört etwas mehr dazu als der kalt rechnende Stift des kapitalistischen Handelsherrn, der aus dem „Geschäft" einen Schaden oder ein Risiko heraustiftelt. Weit ausgreifende Hilfe in jeder Gestalt zum schließlichen Besten der ganzen Welt! Das wäre das Gebot der Stunde. Das wäre die wahre und durchgreifende Hilfe für alle Leidenden!

Wir treten ins neue Jahr weder zuversichtlich noch hoffnungsfreudig. Die Ungewißheit über unser ferneres Schicksal bedrückt die Gemüter. Aber eins sei noch gesagt: Die Einigkeit, ein einheitliches ersprießliches Handeln in der Weltwirtschaft wird von uns ersehnt. Zur Verwirklichung dieser großen Aufgabe gehört jedoch nicht zuletzt auch ein einheitliches Handeln der Arbeiterklasse. Auch hier müssen Sinn und Ziel gleichgerichtet sein. Das wäre eine starke Befruchtung der menschlichen Versöhnungs- und Einheitsidee und sie könnte dabei mehr wirken als mancher Kommerzienratsschädel. Solange sich aber aufgeklärt sein wollende Arbeiter noch gegenseitig grimmig und sogar haßerfüllt befehden als Mitglied derselben Klasse, solange liegt auch die Verwirklichung der Idee wahrer Menschlichkeit noch auf dem öden Brachacker der Unfruchtbarkeit!

Wird das Proletariat nun wenigstens im neuen Jahre der Einigkeit um einige Schritte näher kommen? Es wäre der bescheidene Auftakt zu einer besseren Zukunft. Die Zerstörung ist das Ergebnis des gegenseitigen Hasses und Widerspruchs, gesunder Aufbau hängt ab von der Einigkeit im Denken und Handeln. Und nicht zuletzt gehört zum Aufbau das Proletariat. Das möge jeder beherzigen und mit dem Gedanken ins neue Jahr treten, nach Wegen zu suchen, die dem Proletariat und damit nicht zuletzt der Gesamtmenschheit die Einigkeit im Handeln und Aufbau bringen. **Zerstört worden ist in den letzten sechs Jahren übergenug!**

•

Wenn wir nun mit wenigen Strichen die wichtigsten Vorkommnisse im Verbandsleben aus dem Jahre 1920 skizzieren, so ist das eine alte Gepflogenheit der Redaktion, die auch diesmal zur Geltung kommen soll. Die Haupttätigkeit des Verbandes in Zahlstellen-, Gau- und Zentralverwaltung wurde diktiert von der Preissteigerung der Lebensbedürfnisse, die jedem einzelnen Verbandsmitgliede nur allzufühlbar wurde. Die Steigerung hat bis Mai angehalten, in den Sommermonaten kam ein Stillstand, und im letzten Viertel des verflossenen Jahres zeigte die Kurve der Preissteigerung wieder nach oben. Die ziffernmäßige Beweisführung dieser Tatsachen haben wir vor einigen Wochen an dieser Stelle gebracht, können darum heute davon Abstand nehmen. Mit dieser Elendslast auf unser Dasein war naturgemäß Kampf und abermals Kampf für die Aufbesserung der Löhne verbunden. Unsere Verbandsmitglieder haben keine andere Möglichkeit, um sich über Wasser zu halten, als auf die Lohnhöhe einzuwirken suchen. Deshalb war auch das verflossene Jahr ausgefüllt mit immer erneuten Forderungen. Je anhaltender die Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse sich vollzieht, desto größer wird die Kluft zwischen Lebensunterhaltungsbedarf und dem wirklichen Lohn, desto unsicherer auch unsere ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Preis a b baut ist der Rettungsruf; er verhallt gerade nicht ungehört, doch die angeblich helfen können und sollen, versagen, müssen versagen, weil die Voraussetzungen zum Preisabbau fehlen. Wir stehen am Anfang des neuen Jahres, genau in derselben Situation wie zu Beginn des Jahres 1920. Für unsere Kollegen und Kolleginnen kann es am besten beleuchtet werden durch die Angabe der Teuerungszulagensteigerung im Reichslohntarif der Granitschleifereien. Im Januar 1920 stand die Zulage auf 180 Prozent und am 31. Dezember 1920 auf 400 Prozent. Nun wird aber niemand behaupten können oder wollen, daß mit dieser Steigerung eine bessere Existenzlage geschaffen wurde, wie nach dem Stande vom 1. Januar 1920. Denn der erhöhte Teuerungszuschlag ist von der Preissteigerung im Laufe des Jahres längst verschlungen und hat mit dieser nicht einmal Schritt gehalten! Was nun in dieser nackten Tatsache den Mitgliedern so handgreiflich vor Augen steht, trifft im gleichen Maße auf alle Branchen der Steinindustrie zu. Eine besondere Aufzählung dieser Gruppen erübrigt sich auch deshalb. Es ist aber sicher zehn gegen eins zu wetten, daß die Konstatierung dieser Tatsache Arbeitgeberstimmen mobil macht, die dann sagen: „Das haben wir Arbeitgeber ja immer gesagt, die Lohnerhöhungen nützen Euch nichts!" Sie vergessen nur hinzuzufügen, daß die Arbeiterlöhne bei noch so großer Preissteigerung niemals von den Arbeitgebern freiwillig aufgebessert würden und im weitern machen sie keinen Finger krumm, um außer auf Kosten des Arbeiterlohnes, für einen allgemeinen Preisabbau zu wirken!

Wir bewegen uns seit zwei Jahren — in Gesellschaft mit den Arbeitgebern — immer in denselben Kreislauf: Preissteigerung, Lohnerhöhung, Preissteigerung usw. und alle warten, jeder nach seiner besonderen Art, auf irgend ein Vorkommnis, was mit resolutem Eingriff diesen Dauerkreislauf beendet! Die tiefgründigsten Betrachtungen über Preisabbau und Besserung der Verhältnisse haben wir schon über uns ergehen lassen müssen, nicht nur in unserer Steinindustrie; Berufene und Unberufene, Politiker, Volkswirtschaftler, Finanzmenschen und Arbeitsproleten haben sich zur Lösung dieses wichtigen Problems versucht und das Resultat ist — weitere Preissteigerung! Im ersten Artikel in heutiger Nummer wird angedeutet, wie eine Aenderung kommen kann und ehe auf diesem Wege nichts Wesentliches geschieht, bewegen wir uns immer in dem genannten Kreislauf und haben allem Anscheine nach auch im neuen Jahre, um dem direkten Verhungern zu entgehen, dasselbe Spiel durchzumachen. Das alte Jahr, wir seh'n es wandern, — es war voll Elend, Sorg' und Not; — das neue Jahr bringt wie die anderen, — den herben Kampf ums liebe Brot!" Auf diesen Kampf haben wir uns weiter einzustellen in der Organisation, ohne Trugbildern nachzugehen, nur im Verlaß auf die Kraft des Verbandes!

Auf dem Gebiete des Vertragswesens ist der Abschluß des Reichsarbeitsvertrages für die Gruppen, denen bisher eine zentrale Regelung mangelte, im Jahre 1920 für uns wichtig gewesen. Die Möglichkeit wurde nach öfterem Versuch (Reichsstädtetarif), erst dann gegeben, als die Industrie Steine und Erden einen Reichsarbeitsvertrag tätigte, von dem die Arbeitgeber der Naturstein-Industrie sich so famos zurückzogen. Auch die Vereinbarung einer Arbeitsordnung für die gesamte Steinindustrie ist wichtig. Erfreulich hierbei ist, daß die Forderungen der Arbeiter so ziemlich berücksichtigt wurden und aller unnützer Ballast herausbleiben konnte. Im Reichsarbeitsvertrag für die Schotter- und Pflastersteinindustrie, der Ende März dieses Jahres abläuft, wozu die bereits vollzogene Kündigung durch unsern Verband den Anlaß gegeben hat, konnten die Unstimmigkeiten nicht beseitigt werden: Tarifamt, Schlichtungsordnung, Ferien-Stichtag, Arbeitszeit! Es ist kein gutes Zeugnis für ein Vertragsverhältnis, daß solche einfache Sachen keine Regelung fanden! Ein gegenseitiges Ablauern für die passendste Situation bildet kein Fundament für einen Reichsarbeitsvertrag. Auch das Verhältnis im Bayrischen Werksteintarif ist recht unbefriedigend und darum auch gespannt. Schon seit sechs Monaten wird im Bayrischen Wald um eine Teuerungszulage gekämpft, die in anderen Orten längst fällig geworden ist. Die Regelung für den bayrischen Tarif ist nunmehr dem Ministerium für soziale Fürsorge in München übertragen. Die Erbitterung unter unseren Kollegen ist deshalb sehr groß und hat seine Berechtigung. Die Auswirkung findet jedoch ihre Grenze in der Arbeitsgelegenheit. Letztere ließ im zweiten Halbjahr 1920 allgemein im Beruf sehr zu wünschen übrig. Die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeitverkürzung, um Entlassungen zu vermeiden, stellt ungeheure Anforderungen an die Arbeitersolidarität und ist eine Belastungsprobe bis zum äußersten für die wirtschaftliche, finanzielle und moralische Ertragsfähigkeit der Arbeiterschaft. Es ist ein wirklich gutes Zeugnis, wenn trotz dieser kümmerlichen Existenzverhältnisse die Organisationsfront unerschüttert bleibt. Das Jahr 1919 hatte mit 42 716 Mitgliedern abgeschlossen, deren Zahl stieg im ersten Quartal auf 47 201, im zweiten auf 50 042, sank dann im dritten auf 47 332 Mitglieder; diesen Bestand werden wir im vierten Quartal, dessen Abschluß noch nicht vorliegt, wahrscheinlich halten können. Die Organisationsverhältnisse können somit als äußerst gesund bezeichnet werden, auch die finanzielle Lage, obgleich sie besser sein könnte, braucht niemand zu trüben. 1919 schlossen wir mit einem Kassenbestand in der Hauptkasse von 1 152 016.08 Mark ab, im dritten Quartal 1920 mit 1 449 085.09 Mark und am Jahresschluß werden sicher in der Hauptkasse 1½ Millionen Mark zu Buche stehen. Die Ausgaben für Streikunterstützung sind für 1920 ziemlich hohe gewesen, und wer von den Kollegen sich der Mühe unterzieht, die jeweils am Quartalsschluß veröffentlichten Abrechnungen darauf durchzusehen, wird finden, daß für reine Kampfzwecke beträchtliche Summen aufgewendet werden. Das finanzielle Ergebnis ist ohne Zweifel dadurch beeinträchtigt worden, indem mit Rücksicht auf die schlechte Arbeitsmöglichkeit, die Klebung der Erwerbslosenmarken nicht beschränkt wurde, wie sonst im Statut vorgesehen ist. Die Notwendigkeit dieser Ausnahmebestimmung soll damit durchaus nicht bestritten werden. Besonders große Ausgaben verursacht in der heutigen Zeit ein Verbandstag, der bekanntlich im Mai des Jahres 1920 stattfand und nun die Bilanz der Hauptkasse für das Jahr beeinflußt. Das sachliche Ergebnis des Ver-

Verbandstages war ein gutes zu nennen; die dort gefaßten Beschlüsse sind ohne Schwierigkeiten in die Tat umgesetzt, was besonders in der Beitragsfrage hoch zu bewerten ist.

Die Organisation hat im verflossenen Jahre große Heimsuchungen erfahren, das war unter anderm die Vernichtung unseres Heimes im Gedränge des verruchten Kapp-Putsches. Es soll hier nicht noch einmal alles geschildert werden, was wir als Verband eingebüßt haben; gesagt mag nur werden, daß es heute noch intensiver Arbeit bedarf, um diesen Verlust einigermaßen auszugleichen. Ebenso schlimm traf uns der Tod des Vorsitzenden, Kollegen Alois Staudinger. So wie im persönlichen Erleben, gibt es auch im Verbandsleben einzelne Vorkommnisse, wo es nur heißt: „Die Zähne zusammen und durch!" So war es tatsächlich in beiden genannten Fällen. Das verflossene Jahr hat in unserem alten Mitgliederkreis durch „Gevatter Tod" große Umschau halten lassen, nicht weniger wie 318 Sterbefälle zeigt uns der Jahrgang 1920 des „Steinarbeiter" an. Mancher tüchtige Kämpfer, der ohne viel Aufsehens zu machen und ohne größeren Berufskreisen bekannt zu werden emsig im kleineren Kollegenkreise gewirkt hat, ist unter den Gestorbenen. Wir haben unter ihnen auch Paul Biewig und Adolf Herrmann, beide waren Stützen unserer Organisation, sie haben in ihrer Tätigkeit als Gauangestellte großen Anteil an der Verbandsentwicklung gehabt, ihr Verlust hat uns neben den bereits Genannten herb heimgesucht und es gilt nun im Andenken an die ausgeschiedenen Kämpfer die Lücken wieder auszufüllen. Wir senken am Jahresschluß vor den ausgeschiedenen Kämpfern noch einmal unser Panier, um es dann mit alter Kraft und altem Willen im Sinne der Ausgeschiedenen wieder hoch voran zu tragen, dem in der Ferne leuchtenden Ziel entgegen!

Wir träumen, daß im neuen Jahr
Viel Großes wird geschehen,
Und daß ein freier Geisteshauch
Die Nebel wird verwehen.

Daß nicht im altgewohnten Trott
Die Kräfte sich erschöpfen,
Im tatenfeindlichen Geschwätz,
Im Streit mit hohlen Köpfen

Verwelken mög' im neuen Jahr,
Was faul in unserm Leben,
Das Jobbertum, der Schwindelgeist,
Das unredliche Streben.

Den Schurken, der das Volk betört,
Nur gleich beim Kragen packen,
Er spüre, wenn er lüstern schleicht,
Die starke Faust im Nacken.

Die Afterkunst, der Zotenkult,
Die Geck- und Modenarrheit
Steh'n nicht der zwingenden Gewalt
Der Arbeit und der Wahrheit!

An die Verbandsmitglieder.

Werte Kollegen! Zum Nachfolger unseres unvergeßlichen Führers und Freundes Alois Staudinger bestimmt, bin ich mir der verantwortlichen Schwere des übernommenen Amtes voll bewußt. Ich habe jedoch die Ueberzeugung, daß es mir durch die rege Mitarbeit aller dazu berufenen Kollegen gelingen wird, die in meine Tätigkeit gesetzten Erwartungen zu erfüllen, und werde selbst unermüdlich bestrebt sein, das in mich gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen.

Das Arbeitsprogramm meines vorbildlich tätig gewesenen Vorgängers harrt noch in vielen Punkten der Vollendung. Die neuentstandenen Probleme, wie die noch entstehenden, werden ebenfalls die gebührende Berücksichtigung und eventuelle Förderung finden, wie anderseits nichts unterlassen werden soll, um unseren Verband vor Nachteilen zu bewahren. Wichtige Entscheidungen stehen bevor, sobald die notwendige Klärung vor sich gegangen ist. Es fragt sich, ob wir nach kaum erreichtem Mannesalter (der Verband besteht in seiner jetzigen Form erst 18 Jahre) im Vollbesitz unserer organisatorischen Kräfte (die Mitgliederzahl erhöhte sich in dieser Zeit von 8000 auf 48 000, die der Zahlstellen von 180 auf 450), die Selbständigkeit aufgeben und die Wohnungsgemeinschaft entweder mit unserem großen Bruder, dem Bauarbeiter, oder mit dem kleinen, dem Steinsetzer, aufnehmen sollen. Eine Arbeitsgemeinschaft besteht ja ohnehin mit beiden, durch die Verbindung mit ihnen im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, während wir mit dem Steinsetzerverbande ja auch noch durch ein Kartellverhältnis verbunden sind. Ob der Steinsetzerverband geneigt ist, mit uns eine Organisation zu bilden, steht auch noch dahin. Auch mit den im Holzarbeiterverband organisierten Steinbildhauern, die ja eigentlich schon längst in unseren „Industrieverband" hineingehört hätten, leben wir nur in einem Kartellvertragsverhältnis, ohne Vernachlässigung der beiderseitigen Berufsinteressen. Es kann im Rahmen dieser Einführung nicht meine Aufgabe sein, das Für und Wider einer Verschmelzung zu erwägen, betonen will ich nur, daß ich es für verfehlt halte, eine Sache von weittragendster Bedeutung nur deshalb zu fördern, weil es die „Mode" erfordert. Der Geist der neuen Zeit umweht uns nicht umsonst. Wir nehmen von ihm auf, soviel ein gesundes Verhältnis zwischen erprobtem und bewährtem Alten sich mit den neuen Ideen verträgt. Ueberlebte Methoden überlassen wir in aller Ehrerbietung vor ihren einstigen Erfolgen der Vergangenheit.

Die Politik wird auch in Zukunft eine gleichberechtigte Stätte in unserem Verbandsleben finden, soweit sie der Förderung unserer gewerkschaftlichen Aufgaben dient. Der Streit der politischen Parteien darf unser Verbandsleben indessen nicht beeinträchtigen, er muß auf rein politischem Boden zum Austrag kommen. Die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Einheit ist das dringendste Gebot der Gegenwart. An der gewerkschaftlichen Geschlossenheit müssen alle reaktionären Pläne unserer, über die politische Zerrissenheit der Arbeiter frohlockenden Gegner zerschellen. Im anderen Falle werden wir auch den letzten Rest unseres gewonnenen Einflusses auf die Gestaltung des wirtschaftlichen und politischen Lebens verlieren. Die Gegner der Arbeiterbewegung werden auf den Trümmern des letzten festen Bollwerkes der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, triumphieren, wenn es nicht gelingt, der Selbstzerfleischung der Arbeiter endlich Einhalt zu tun! Denn das ist das tragische Geschick des Bruderkampfes — nicht der „Zertrümmerer" des Bestehenden wird der Nutznießer des Zerstörungswerkes sein, sondern der Kapitalismus, den abzulösen die historische Aufgabe des vereinigten Proletariats aller Länder ist. Von jeher habe ich die Gewerkschaftsbewegung als Vorschule zum Sozialismus aufgefaßt. Sie muß es heute mehr denn je sein. Sie muß ihren Mitgliedern die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge im Produktionsprozeß erleichtern helfen durch Förderung und Finanzierung des betriebs- und volkswirtschaftlichen Bildungswesens. Die vorherrschende Meinung, daß die Hergabe solcher Mittel den „Kampffonds" schwächt, muß als irrig zurückgewiesen werden. „Wissen ist Macht." Dieser fundamentale Grundsatz rechtfertigt sich immer mehr. Die Vervollkommnung unseres Wissens, die Stärkung dieses Machtmittels erhöht unsere Kampfkraft mehr, als sich in Kassenbeständen ausdrücken läßt. Gewiß sind auch gutgefüllte Kassen notwendig, doch sie werden künftig weniger in Anspruch genommen, weil nutzlose Kämpfe in dem Grade abnehmen werden, wie unser Wissen zunimmt! Die Wucht der Gründe muß die Macht des Geldes ersetzen, das ja bei uns immer nur in beschränktem Maße vorhanden sein wird, solange das privatkapitalistische System nicht durch das sozialistische überwunden ist.

Mit der vom Verbandstage in Würzburg in das Statut aufgenommenen Sozialisierung der hierzu reifen Zweige unserer Industrie sind auch wir vom Stadium theoretischer Erörterung und Propagierung zur Forderung der allmählichen Verwirklichung des Sozialismus übergegangen. Die in den staats- und gemeindeeigenen Betrieben bereits vorhandenen Ansätze zur Sozialisierung sind weiter fortzuführen unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen. Es wäre z. B. zu prüfen, auf welche Ursachen die vom Reichsverkehrsministerium angeführten mangelhaften wirtschaftlichen Ergebnisse von bahneigenen Schotterwerken zurückzuführen sind — ob die Leitung der Betriebe in fachmännischen Händen ist — ob das Interesse der Arbeiter am Gedeihen der Betriebe in geeigneter Weise gefördert wird usw. — Vor allem dürfen wir auch über den Streit um die Form der Sozialisierung (durch Verstaatlichung, Kommunalisierung, Vergenossenschaftlichung usw.) diese selbst nicht vernachlässigen. Die Hauptsache ist, daß allen am Produktionsprozeß Beteiligten, also dem ganzen arbeitenden Volke, mit seinen leitenden und ausführenden Kräften, der Segen der Arbeit zuteil wird, dessen Maß allerdings — darüber müssen wir uns klar sein — mit dem Steigen oder Sinken der Produktion zu- oder abnimmt. Je größer die Einsicht und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß, desto größer das Interesse an der Arbeit und um so höher ihre Leistungen.

Die restlose Ausnützung und der weitere Ausbau des Betriebsrätegesetzes sowie aller anderen sozialen Gesetze wird daher unsere größte Beachtung finden.

Wie lange wir noch die sogenannte und stark bekämpfte Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern benötigten, hängt auch von der Entwicklung des Betriebsrätewesens ab. Mit dem Inkrafttreten der Bezirkswirtschaftsräte wird sich die Beibehaltung dieser Institution, welche wegen der verschiedenartigen Auffassung ihres Gemeinschaftscharakters heftig umstritten wird, voraussichtlich erübrigen.

Das Tarifwesen werden wir in der bisherigen Weise auszubauen bestrebt sein, dabei der Einführung des Zeitlohnsystems den Vorzug geben und soweit eine Beseitigung der Akkordarbeit noch nicht möglich ist, die Garantierung des vollen tariflichen Stundenlohnes fordern, wie es die letzte Beiratskonferenz beschlossen hat.

Der Lehrlingsfrage werden wir erneut die größte Aufmerksamkeit schenken, desgleichen dem gesamten Arbeiterschutz.

Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge sind ebenfalls wichtige Punkte unseres Arbeitsprogramms, zu dessen Verwirklichung wir der Mithilfe aller vorhandenen Kräfte bedürfen. Die Kollegen von Stadt und Land, aus den Brüchen, Werkstätten, Plätzen und Bauten rufe ich zu freudiger Mitarbeit auf. Nur durch selbstlose Hingabe, durch Vereinigung unserer Kräfte im Dienst der Allgemeinheit werden wir die gewaltige Mission erfüllen können, die das Zeitalter des werdenden Sozialismus uns anvertraut hat.

In diesem erhebenden Bewußtsein wollen wir den kommenden Kämpfen getrost entgegensehen.

Jeder auf seinen Posten!

Ernst Winckler.

Ein Mittel zur Preissenkung.

Alle Gewerkschaftsrichtungen haben zusammen eine „Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften" gegründet, Sitz in Berlin. Sie soll der gesamten Verbraucherschaft einen Einfluß auf den Produktionsgang zur Erreichung höherer Wirtschaftlichkeit, wie auf die Preisbildung zur Verhütung von Wucher und Ausnutzung von Konjunktur sichern. Die Gewerkschaften werden dabei durch produktive Nutzbarmachung der Erwerbslosenfürsorge unterstützt.

Die Warenversorgungsstelle ist ein Organ der Gewerkschaften als organisierte Verbraucher. Ihr Ziel ist vor allem: eine geschlossene Macht der Verbraucher gegen die bisherige Alleinherrschaft des kapitalistischen Erzeugers und Händlers im Sinne des Preisabbaues zu schaffen. Zugleich aber versucht sie durch Zusammenfassung des Bedarfs der Erzeugung mehr Stetigkeit zu verleihen und die Arbeitsgelegenheit zu mehren. Diese Aufgabe, deren Wichtigkeit vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund längst erkannt worden war, wird nun von den Gewerkschaften gelöst werden, die sich als Vermittlungsstelle der Ortsausschüsse bedienen werden. Diese haben über Umfang der Bestellungen und Art der Verteilung der Waren zu entscheiden, nachdem sie vorher eine Willenserklärung zur Teilnahme an der Aktion abgegeben haben. Diese Erklärung mußte spätestens bis zum 10. Dezember v. J. an die Warenversorgungsstelle Berlin, Zimmerstraße 87, zur Eintragung in eine zum Zweck der Versorgung geführte Liste gelangen. Die Verteilung kann auch Konsumvereinen übertragen werden.

Den Ortsausschüssen werden auf Anforderung Mustersendungen in Sortimenten zu je 5, 10 oder 20 Anzügen, Mänteln, Beinkleidern usw. zugestellt werden.

Der Verkauf darf nur in bar und nur an Mitglieder der Gewerkschaften und Konsumvereine erfolgen.

Da zur Vermeidung jedes Risikos nur Verteilungen auf gesammelte Bestellungen stattfinden sollen, sollten die Verbraucher alsbald nach Eintreffen der Musterstücke zur Besichtigung und zum Ankauf dieser eingeladen. Aufträge gesammelt und durch die Ortsausschüsse der Warenversorgungsstelle übermittelt werden.

Jeder geschäftliche Nutzen ist ausgeschlossen, Zwischengewinn vermieden, die Preise sind vorgeschrieben; lediglich zur Deckung der nicht erheblichen Verwaltungskosten erhalten die örtlichen Organisationen eine Entschädigung.

Es handelt sich also um kein Geschäft, sondern um ein Hilfswerk zum Nutzen der ausgebeuteten Arbeiter. Diese werden sowohl als Erzeuger wie als Verbraucher aus ihm Nutzen ziehen und es gewiß mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen, um so mehr, da die Kreise des Handels sich wegen ihrer Ausschaltung schon aufregen. Sie werden bald gegen das Unternehmen Sturm laufen.

Das wird aber hoffentlich nicht verhindern, daß aus dem Hilfswerk zugunsten der Minderbemittelten eine feste und dauernde Verbraucherorganisation wird; dazu muß es sich entwickeln, wenn es von allen Interessenten nach Möglichkeit unterstützt wird. Und diese Unterstützung wird es finden, wenn über den Charakter des Hilfswerkes die nötige Aufklärung verbreitet wird, zu der wir hierdurch zu unserem Teile beitragen und hoffen, daß unsere Mitglieder ihren Bedarf künftig nur durch die Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften decken. Alle Ortsausschüsse (Gewerkschaftskartelle) sind vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund informiert und wo die Sache nicht recht in Fluß kommen will, müssen unsere Zahlstellen eventuell nachhelfen.

Zum Protest der Halleschen Kollegen

Endlich findet es unsere Verbandsleitung für angezeigt, sich gegen das Treiben unverantwortlicher Elemente zu wenden. Die Schreibweise unserer Halleschen Kollegen kommt mir nicht überraschend, denn das ist die Saat, die seit der Revolution gegen alterprobte Gewerkschaftsführer und Parteigenossen ausgestreut wurde. Dieser Minierarbeit haben eine ganze Reihe von Verbandsorganen gleichgültig gegenübergestanden, oder besser gesagt, haben nicht den Mut gefunden, diesem unehrlichen Treiben energisch gegenüberzutreten, daher kommt es, daß der größte Prozentsatz derer, die seit den letzten zwei Jahren endlich den Weg zur Organisation gefunden haben, nur jenen mit der „großen Klappe" zujubelt. Haben nicht Ledebour, Dittmann, Crispien usw. in sehr scharfer Weise Scheidemann, Ebert, Legien, Bauer und andere mehr heruntergerissen. Was hat zirka vor einem Jahr Dißmann auf der Generalversammlung der Metallarbeiter gegen Schlicke für Worte gebraucht, und war nicht derselbe Dißmann, nachdem seine Saat im Berliner Metallarbeiterstreik anfing zu reifen, gezwungen, das, was er vor kurzen Wochen verurteilte, selbst zu tun, und zwar sich gegen das unehrliche Treiben gewisser Wortathleten, die ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Gewerkschaften und ihrer Führer erblickten, zu werden. Haben nicht Crispien und Dittmann das Hohe Lied auf Rußland angestimmt, was wurde den 120 deutschen Arbeitern in Rußland nicht alles versprochen und was haben diese von Rußland selbst berichtet! Ich glaube, das sollte schon genügen, um denjenigen, die es ehrlich mit der Organisation und ihren Kollegen meinen, die Augen zu öffnen. Es gehört schon eine ziemliche Portion Unverfrorenheit dazu, nachdem, was über die russischen Verhältnisse bekannt geworden ist, was selbst die deutschen Arbeiter ausgesagt haben, es einem Sinowjew und Losowski noch möglich ist, über alte, in der Arbeiterbewegung grau gewordene Führer herzufallen, und die dabei noch den ungeteilten Beifall von Kollegen finden. Am verwunderlichsten scheint es aber, daß die Kollegen von Halle unsere Verbandsleitung mit den größten Schmutzkübeln überschütten. Wenn der Berliner Elektrizitätswerkstreik hier angeführt wird, so bin ich der Meinung, daß dieser eine gewisse Leichtfertigkeit war, in dem Moment, als eine sozialistische Staatsverwaltung auf den Plan trat, einen Streik von solcher Tragweite zu proklamieren. Ich bin daher der Meinung, daß nicht nur wir in den Zahlstellen, dieser der Arbeiterbewegung gemeingefährlichen Minierarbeit entgegentreten sollten, sondern von unserer Verbandsleitung verlangen, ungeachtet der Schimpfkanonade der Alt- und Neu-Kommunisten konsequent durchführt, denn es kann und darf kein Zögern mehr geben, und wem seine Organisation heilig er-

Neujahr.

Zwölf schlagen die Glocken in die Nacht hinaus. Das neue Jahr beginnt. Banges Fühlen wecken sie in so mancher Brust. Wie wird es werden, das neue Jahr? Wird es Gutes bringen, Schlechtes? Wie wird das Schicksal mit uns spielen? Und während der Mensch sonst so gern stolz ist auf seine Kultur, während er sonst die Erhabenheit des Menschengeistes rühmt, steht er im dumpfen Klange der Silvesterglocken vor der bangen Frage: Was wird das Schicksal mit dir machen? Und selbst der Stolzeste fühlt dann, wie wenig der Mensch doch heute noch ist, wie er ein Spielball des Schicksals ist, statt dessen Herr zu sein.

Wird Krieg kommen oder Hungersnot oder Arbeitslosigkeit oder Seuchen? Der Mensch hat selber die Macht, solche Fragen mit Sicherheit zu beantworten dadurch, daß er all dieses Menschheitsleid unmöglich macht. Und das kann er. Aber da sitzen so viele, so unendlich viele noch abseits vom Kampfe des Tages. Sie lassen sich schieben, statt ein wenig Selbst zu sein, und wenn dann eine neue Leitspanne ihren Beginn in die Welt dröhnt, dann fragen sie ängstlich dieses knechtende Schicksal, wie es sich wohl zu ihnen verhalten wird.

Du sollst der Herr sein der Welt! Du sollst du sein! Daß der Mensch voll Zweifel und voll Sorge ins neue Jahr geht, das zeigt uns, wie die Lebensordnung uns im Nacken sitzt, statt daß wir sie fügen nach unserem Plane. Wenn die Ordnung des Lebens den Notwendigkeiten des Menschen entspricht, dann steht er wie ein König über der Zeit, dann läßt er sie spielen nach seinem Wollen, dann zwingt er sie in seinen Plan des Glücks. Und dann geht er als ein Stolzer ein in das neue Jahr. Schon zu Beginn ist er der Sieger. Und winselnd ringt sich das Schicksal zu Füßen der neuen Menschengröße.

Dr. Gustav Hoffmann.

Hans Jörg.

Von Ernst Preczang.

Das war Hans Jörg, der am Amboß stand
Und den Hammer führte mit sehniger Hand.
In rote Funken versprühte die Glut,
Hans Jörg schlug sicher, Hans Jörg traf gut,
Und er lachte dazu in die zischenden Flammen:
„So schmieden wir uns unsere Zukunft zusammen!
So glühn ineinander wir Stück für Stück
Und hämmern uns ein erzenes Glück!....
„Ei, Kameraden!" er rief es laut.
„Wer ist's, der nicht an dem Werke baut,
Das wir freudigen Mutes begonnen?
Ward nicht jeder schon, jeder gewonnen?
Hat nicht alle die klingende Zeit schon geweckt,
Die empor ihre jungen Glieder reckt,
Und seht ihr nicht Sterne und Sonnen?
Und seht ihr des Morgens rote Pracht
Nicht schimmern herauf aus der drückenden Nacht?

Zum Teufel! Wer zagt noch in feiger Geduld
Und fügt zu der Herren die eigene Schuld
Und regt nicht die schaffenden Hände,
Daß das eigene Schicksal sich wende?!
Und ist's auch mit heut nicht und morgen getan,
So gehn wir doch vorwärts die leuchtende Bahn.
So trotzen wir doch der gewaltigen Macht,
Die uns zum leidenden Amboß macht
Und die letzte Kraft, sich zu regen,
Will töten mit eisernen Schlägen!"

Hans Jörg stand, eine Riese, im Feuerschein,
Da trat der Alte zur Tür herein,
Der Herr der Fabrik, der zornig rief:
„Hans Jörg! Hier! Nimm deinen Abschiedsbrief!
Genug fürwahr ist's der Hetzerei —
Du bist entlassen! .....

Und wie's auch sei:

Ich sage: Du predigst nur eitel Schaum,
Und niemals lebt dein begehrlicher Traum!
Die Herren sind wir! Und ein Knecht du bist,
Und es bleibt, wie es ewig gewesen ist!
Viel eh'r in die Erde der Amboß sinkt,
Eh' vom Hammer auch nur ein Stückchen springt!..."

Schrill klang es durch den gewaltigen Saal,
Das Eisen knirschte, es pfiff der Stahl,
Dumpf ratterten die Maschinen.
Aus ihren Rädern funkelt's und glüht,
Und es hebt sich heraus ein grollendes Lied:
„Wir wollen nicht ewig dienen!"

Hans Jörg steht im roten Feuerschein
Und lacht dem Alten ins Antlitz hinein,
Und er reckt empor seine Riesengestalt
Und hebt den Hammer mit mächt'ger Gewalt
Und läßt auf den Amboß ihn sausen hernieder,
Daß dröhnend im Saale das Echo klang wider.
Und nicht einen Zoll der Amboß sank,
Doch der Hammer in tausend Stücke zersprang....
Da lachte Hans Jörg und ging aus dem Haus —
Bleich schlich der zitternde Alte hinaus.

Vorgeschichtliche Werkzeuge der Basaltlava-Industrie bei Mayen (Rhld.).

In den alten Schutthalden früherer Steinbrüche bei Mayen und Kottenheim sind schon oft vorgeschichtliche Reibsteine (sogenannte Napoleonshüte) gefunden worden und mit ihnen tauchte auch die Frage auf nach den geeigneten Werkzeugen, mit denen die damaligen Steinarbeiter die harte Basaltlava bearbeitet haben. Eisenwerkzeuge konnten es nicht sein, denn sie gehörten einer späteren Zeit an (Römerzeit, Mittelalter). Im Frühjahr 1916 wurden durch Neuaufschließung eines alten Steinbruches zwischen Mayen und Kottenheim in dem alten Schutt unter anderem mehrere Steinhämmer gefunden, mit denen die Bearbeitung der Steine damals vorgenommen sein muß. Der erste, von einem Arbeiter gefundene Hammer besteht aus festem Basalt, ist unten zu einer Spitze zugearbeitet und etwas geschliffen. Länge 16 Zentimeter, Dicke 9 und die Breite 13 Zentimeter, Gewicht 5 Pfund. Es wurden dann im Verlauf des Sommers noch 26 Basalthämmer zum Teil in Bruchstücken zutage gefördert. Der größte Hammer mißt 27 Zentimeter Länge, 16 Zentimeter Breite, 5 Zentimeter dick. Andere wieder waren mehr rundlich, der schwerste wiegt 9 Pfund, der kleinste Hammer nur 2 Pfund. Die kleineren Hämmer scheinen zur letzten Bearbeitung der Reibsteine gedient zu haben, denn sie besitzen eine breite, gut geschliffene Hauflächе, während die schwereren eine rundliche und spitze Hauflächе aufweisen. Es mag befremden, daß in jener Zeit, wo das Eisen schon bekannt war, ein verhältnismäßig harter Stein, wie die dortige Basaltlava mit einem noch härteren Stein bearbeitet wurde. Aber feststeht, daß mit ungestähltem Eisen die Basaltlava nicht zu bearbeiten ist, dagegen wurde versuchsweise festgestellt, daß sich mit den gefundenen Basalthämmern ganz gut große Stücke abschlagen ließen. Der Prof. Dr. Brauns in Bonn stellte fest, daß das Material der Hämmer von einem Basaltfelsen (Lorenzberg) am Loacher See stammt, der ungefähr 6 Kilometer von der Fundstelle entfernt liegt.

Auch in anderen Ländern sind bekanntlich Steinhämmer gefunden, die natürlich auch zu anderen Zwecken als zur Steinbearbeitung Verwendung fanden, sie stammen wohl alle aus der Stein- und der älteren Bronzezeit. Doch beweisen die Funde in Mayen noch deren Vorkommen bis zur Spät-Hallstattzeit.

scheint, der muß sich mit beiden Füßen auf den Boden stellen. Die sozialistische Staatsform ist nicht auf illegalem Weg (Diktatur über das Proletariat in Rußland) zu erreichen, sondern auf dem Wege der Demokratie, und wenn die Kollegen von Halle nicht von allen guten Geistern verlassen sind, so müssen auch sie einsehen, daß die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, und daß die Kampfesweise wie ihr Protest der Arbeiterbewegung nicht nützt, sondern schadet.

Ulm a. D. H. Friedrich.

Zur Beachtung für unsere Betriebsräte.

Welch zweifelhaften Wert für die Arbeiter der Wortlaut des Betriebsrätegesetzes hat, zeigt ein Vorfall bei der Firma Z., Berlin, Marmorwarenfabrik.

Der Obmann des dortigen Betriebsrates, der Kollege J., hatte sich, wie es ja oft der Fall ist, durch sein Wirken innerhalb des Betriebes bei der Firma unbeliebt gemacht. Eine, auf Grund der schlechten Konjunktur in der Marmorbranche vorgenommene Betriebseinschränkung benützte die Firma, vertrauend auf die ungenügende Gesetzeskenntnis der übrigen Kollegen, den Betriebsobmann J. zu entlassen. Ist es nun schon bedauerlich, daß sich die übrigen Betriebsratsmitglieder überrumpeln ließen, so ist es aber noch viel bedauerlicher, daß sich keine Instanz findet, die dem Wortlaut des Gesetzes Wirkung verschafft. Um ähnlichen Fällen vorzubeugen, soll hier den Kollegen, insbesondere den Betriebsräten, ein Bericht über den Verlauf der Angelegenheit gegeben werden.

Kollege J. wandte sich mit einer Beschwerde an den Schlichtungsausschuß und stellte Antrag auf Wiedereinstellung, da die Entlassung nach dem Wortlaut der §§ 32 und 96 des B.-R.-G. zu Unrecht erfolgte. Der Schlichtungsausschuß traf eine Entscheidung, nach der die Beschwerde abgewiesen wurde und deren lange Begründung in dem Satz ausklang:

„Es muß dann dem Beschwerdeführer überlassen bleiben, eine Feststellung über die Gültigkeit des Beschlusses herbeizuführen, sei es durch den Gewerbeinspektor (§§ 93, 94, 103 des B.R.-G.), sei es durch das Gericht."

Jedenfalls beruht diese ablehnende Entscheidung auf einer Verkennung der Tatsache, daß die Bestimmungen des B.-R.-G. einfach beiseite geschoben wurden.

Die darauf eingereichte Klage beim Gewerbegericht wurde Grund dieser Entscheidung auch abgewiesen.

Es blieb also nun weiter kein Weg offen als zu versuchen, die u. E. irrige Entscheidung des Schlichtungsausschusses aufzuheben und neue Verhandlungen einzuleiten. In diesem Zweck wurde folgende Eingabe an den Reichsarbeitsminister gemacht:

An den

Herrn Reichsarbeitsminister.

Unterzeichnete Organisation beantragt hiermit beim Herrn Reichsarbeitsminister einen Entscheid in folgender Streitsache zu treffen:

Der Obmann des Betriebsrates der Firma Zernick, Marmorwarenfabrik, Berlin S 42, Prinzenstraße 9, der Steinmetz L. Jahrmarkt wurde am 23. September d. J. angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen.

Die Firma hatte zwecks Streckung der Arbeit die Arbeitszeit bis auf 24 Stunden pro Woche verkürzt. Der Obmann des Betriebsrates, Jahrmarkt, war am 22. September im Auftrage der Belegschaft unterwegs nach dem Herrn Demobilmachungskommissar um eine notwendige Auskunft einzuholen.

In der ihm bekannten Anwesenheit des J. legte der Firmeninhaber Herr Zernick den übrigen Betriebsratsmitgliedern eine Liste vor, welche zirka 15 Namen von Arbeitnehmern enthielt, die entlassen werden sollten, darunter befand sich auch der Name des Obmanns Jahrmarkt. Der Betriebsrat ohne den Obmann J. gab unterschriftlich seine Zustimmung zur Entlassung.

Als Jahrmarkt wieder im Betrieb erschien und ihm das Geschehene mitgeteilt wurde, stellte es sich heraus, daß die übrigen Betriebsratsmitglieder im Irrtum in bezug auf § 96 und 32 des B.-R.-G. gehandelt hatten und zogen sie durch Erklärung gegenüber dem Firmeninhaber ihre Zustimmung zurück. Dies änderte aber nichts daran, daß J. entlassen wurde.

Bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß bestritt der Beschwerdeführer Jahrmarkt, unterstützt durch den Gauleiter Nitsche des unterzeichneten Verbandes, als Organisationsvertreter, die Rechtsgültigkeit der Zustimmungserklärung des Betriebsrates Grund § 32 Abs. 1 des B.-R.-G., in welchem es ausdrücklich heißt:

„Ein gültiger Beschluß des Betriebsrates kann nur gefaßt werden, wenn alle Mitglieder unter Mitteilung der Beratungsgegenstände geladen sind" usw.

Dem Betriebsobmann Jahrmarkt ist aber weder Mitteilung von dem Beratungsgegenstand gemacht, noch ist er überhaupt zu einer Betriebsratsitzung geladen worden, die Bestimmungen des § 32 Abs. 1 wurden also nicht erfüllt. Folglich ist u. E. ein gültiger Beschluß der Betriebsvertretung, damit also auch die im § 96 Abs. 1 geforderte und zur Entlassung notwendige Zustimmung der Betriebsvertretung nicht zustande gekommen. Die Entlassung ist also in dieser Form nicht rechtskräftig und daher als nicht geschehen zu betrachten.

Der Schlichtungsausschuß fällte eine Entscheidung, der aber, wie dem darauffolgenden Gewrbegerichtsurteil u. E. ein Rechtsirrtum zugrunde liegt, da der Wortlaut des § 32 Abs. 1 des B.-R.-G. nicht beachtet wurde.

Unterzeichnete Organisation ersucht nun den Herrn Reichsarbeitsminister, in vorliegendem Fall eine Entscheidung zu treffen, um 1. zukünftigen ähnlichen Fällen vorzubeugen und 2. dem Jahrmarkt die Möglichkeit zu geben, durch Berufung ein Urteil zu erzielen, welches auf einer ganz klaren Rechtslage beruht.

(Unterschrift.)

Prompt erhielten wir darauf nachfolgend eAntwort:

Der Reichsarbeitsminister. Berlin, 26. 11. 20.
N. I. A. 4284.

Auf das Schreiben vom 19. 11. 1920.

Ich verkenne nicht, daß die mir mitgeteilten Entscheidungen des Schlichtungsausschusses und des Gewerbegerichts rechtlichen Bedenken unterliegen, bin aber nach den Grundsätzen unserer Gerichtsverfassung nicht in der Lage, im Verwaltungswege in das unabhängige Entscheidungsrecht des Richters einzugreifen.

J. A.: gez.: Dr. Feig.

Aehnliches hatten wir erwartet, doch erlauben wir uns dazu folgende Fragen: Was nützt also ein § 32 im Gesetz, wenn er nicht beachtet werden braucht? Ob sich, wenn eine ähnliche Sache, aber zu Ungunsten des Unternehmers vorkommt, dann auch kein Weg findet, dem Wortlaut des Gesetzes Rechnung zu tragen?

Wie schnell sind sonst die Behörden bei der Hand, wenn ein armer Teufel dem Wortlaut irgend eines Gesetzes nicht die geforderte Beachtung erwiesen hat. Aber das B.-R.-G. gibt ja dem Arbeiter so viele „Rechte", daß man sich mit solchen Kleinigkeiten nicht abgeben braucht.

Für unsere Betriebsräte sei es aber eine Warnung, ihre Zustimmung zu einer Sache zu geben, die sie nicht vorher aufs genaueste geprüft haben. Es muß unter allen Umständen versucht werden, die geringen Vorteile des B.-R.-G. zugunsten der Arbeiterschaft auszunützen.

G. N., Berlin.

Von der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen.

Welch eigenartige Anschauung über die Befugnis der Demobilmachungskommissare bezüglich der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen sich bei den Demobilmachungsstellen selbst herausgebildet hat, soll im Nachstehenden dokumentiert werden. Seitens der Gauleitung unseres Verbandes in Liegnitz war unter dem 7. September d. J. beim Demobilmachungskommissar in Liegnitz beantragt worden, zwei in gleicher Sache gefällte Schiedssprüche für verbindlich zu erklären. Darauf kam nach wiederholter Reklamation am 19. November folgender Bescheid an die Gauleitung:

„Dem.-Komm. Tgb D. K. 18/8 4134. Auf Ihre Anträge vom 7. und 9. September, 12. und 27. Oktober 1920 die Entscheidungen des Schlichtungsausschusses in Liegnitz vom 25. August und des Schlichtungsausschusses Lauban vom 24. August 1920 für verbindlich zu erklären, erwidere ich folgendes: Gemäß § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern usw. und auf Grund der dazu ergangenen Richtlinien und dem Erlaß des Ministeriums für Handel und Gewerbe vom 6. d. Mts. — III. 13 601 — bin ich zur beantragten Verbindlichkeitserklärung nicht befugt. Da die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse zu verschiedenen Ergebnissen kommen, da ferner die zugrunde gelegten Lohnverhältnisse nicht unbedingt feststehen, bin ich nicht der unbedingt zweifelsfreien Ueberzeugung, daß die Entscheidungen der Billigkeit entsprechen. Da aber eine einheitliche Regelung besonders im Interesse der Arbeitnehmer notwendig erscheint, habe ich die Angelegenheit dem Herrn Reichsarbeitsminister vorgetragen."

gez.: Borchardt.

Aus folgender, dem Demobilmachungskommissar gewordenen Antwort geht auch die Zurückweisung der ganz unverständlichen Ausführungen soweit sie die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse betreffen hervor, obgleich es ja nur auf den Kern, nämlich die Befugnis zur Verbindlichkeitserklärung bei diesen Protest ankommt. Die Antwort lautet: „In Bestätigung des Empfanges der Entscheidung über die Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse Liegnitz und Lauban gestatte ich mir im Auftrage der Arbeiter folgendes zu bemerken: Wir sind äußerst erstaunt über die in der Entscheidung enthaltene Anschauung, daß die Demobilmachungskommissare nicht befugt wären, Schiedssprüche für verbindlich zu erklären. Wir verweisen in dieser Sache auf die in den letzten Tagen seitens des Reichsarbeitsministers herausgegebene Aeußerung, nach der gerade das Gegenteil Ihrer geschätzten Ansicht als zutreffend bezeichnet ist. Nachdem bisher Ihre Ansicht noch von keinem Demobilmachungskommissar geäußert wurde, sondern stets und erst dieser Tage in gleicher Sache wie in diesem Fall die Verbindlichkeit ausgesprochen wurde, sehen wir in Ihrer Rückäußerung nichts anderes als den Versuch, sich der klaren Entscheidung zu entziehen und bin ich beauftragt, diese Frage in aller Oeffentlichkeit zu behandeln, wie auch bei den Reichsbehörden dagegen Protest einzulegen. Zumindest hätten die Arbeiter erwartet, daß zu solchen nicht zutreffenden Ablehnungsgründen nicht der Zeitraum von drei Monaten gebraucht werden dürfte. In diesem Falle hätte schon gleich nach der Beantragung der Sache die Ablehnung erfolgen können, worauf die Arbeiter, den einfach als Hungerlohn zu bezeichnenden Lohnsatz, auf irgend andere Weise zu verbessern versucht hätten, woran wir nun infolge der vorgerückten Jahreszeit gehindert sind. Daß die Bezeichnung Hungerlöhne zutrifft, ist durch den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Liegnitz selbst ausgeführt worden. Auch der angegebene Grund, daß die jetzigen Löhne nicht unbedingt feststehen, trifft nicht zu, denn gerade in dieser Beziehung wurde wie selten Klarheit geschaffen, die an Hand der Originaltarife extra noch belegt wurde. Gerade diese äußerst schlechten Löhne und die seit Mai andauernde Verschleppung dieser Lohnbewegung hätte Ihnen doch Veranlassung geben sollen, entweder kurz und bündig abzulehnen, oder endlich nach dreimonatiger Erwägung die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen, womit selbst die Arbeitgeber schon gerechnet und daraufhin schon einen Vorschuß von 150 Mark zur Auszahlung gebracht hatten, da auch diesen die Notlage der Arbeiter schon auffallend ist. Die Ueberweisung an das Reichsarbeitsministerium bedeutet doch praktisch nur ein Begräbnis erster Klasse, denn bis von dort etwas Greifbares erreicht werden könnte, sind die Arbeiterfamilien entweder durch die Not gezwungen zu Vorgehen gegen die Gesetze oder zur größten Verelendung geschritten.

Die Arbeiter sind der Ansicht, die wir von der Gauleitung vollständig teilen, daß man in klarer Form die Ablehnung aussprechen soll, wenn man sich schon nicht zu etwas sozialem Verständnis aufschwingen kann. Daß die Preisverschiedenheiten zwischen den einzelnen Bezirken auch verschiedene Löhne zur Folge haben, sollte man auch innerhalb eines Demobilmachungskommissariates wissen, so daß dieses kein Grund zur Ablehnung sein dürfte. Die Verantwortung für die Folgen dieser unmotivierten Verschleppung lehnen wir ab."

gez.: J. A.: Senft.

Auf dieses Schreiben kam unterm 2. Dezember nachstehende Antwort, die wiederum den Demobilmachungskommissar die Befugnis der Verbindlichkeitserklärung abspricht.

„Der Dem.-Komm. Liegnitz. D. K. 18/8 4913.

Es muß bei meiner Entscheidung vom 8. d. Mts. — D.-K. 18. 8. Nr. 4134 sein Bewenden haben, zumal ich nach den ministeriellen Anweisungen nicht befugt bin, derartige Entscheidungen wieder aufzuheben. In der Sache selbst bemerke ich noch, daß jene zu Recht ergangen ist und den geltenden Bestimmungen, insbesondere dem Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 6 Oktober d. J. III. 13 601, entspricht. Die bedauerliche Verzögerung der Entscheidung beruht darauf, daß zunächst umfangreiche Erhebungen über die Richtigkeit der fraglichen Schiedssprüche und die Zuständigkeit der Demobilmachungskommission getroffen werden mußten. Inzwischen war der obige Erlaß eingegangen, der über jene Zuständigkeit grundlegende Anordnung trifft.

Die mir in Ihren Schreiben gemachten Vorwürfe muß ich als unbegründet zurückweisen. Zu dem geäußerten Mißtrauen liegt kein Grund vor. Besonders hoffe ich durch die Weitergabe der Angelegenheit, die nicht nur den hiesigen Bezirk betrifft, an den Herrn Reichsarbeitsminister Ihre Interessen zu fördern."

J. V.: Borchardt.

Soweit die Akten. Bemerkt sei hierzu noch, daß auf eingereichten Protest an den Reichsarbeitsminister noch keine Antwort vorliegt. Bei allem Suchen in den verschiedenen durch die oberen Behörden herausgegebenen Verordnungs- und Arbeitsblättern, wie auch in dem Korrespondenzblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes konnte ich nicht die geringste Andeutung für solche den Demobilmachungskommissar die Befugnis absprechende oder beschneidende Richtlinien, dann mag der Herr Demobilmachungskommissar recht haben, dann fällt aber auch das ganze ohne dies kein Vertrauen mehr besitzende Schlichtungswesen in sich zusammen. Wir sehen uns aber veranlaßt, hierdurch öffentlich beim Herrn Reichsarbeitsminister anzufragen, was an all dem Wahres ist. Die kürzlich durch alle Arbeiter- und Arbeitgeberblätter gegangene Aeußerung des Reichsarbeitsministers brachte noch das Gegenteil zum Ausdruck. Ein Zweifel an der örtlichen Zuständigkeit des Demobilmachungskommissars von Liegnitz kann in diesem Falle nicht bestehen, geht auch aus dem ganzen Wortlaut der Entscheidung nicht hervor. Sämtliche Betriebe, für die die Schiedssprüche gelten, gehören zum Regierungsbezirk Liegnitz. Es bleibt also die Tatsache bestehen, daß sich entweder der Demobilmachungskommissar selbst die Befugnis abspricht, um sich aus irgend welchen Gründen von der Entscheidung zu drücken, oder der Minister für Handel und Gewerbe dem Reichsarbeitsminister entgegen arbeitet. Für die Arbeiter ist es von enormer Wichtigkeit, zu wissen, wo die Quelle dieser dunklen Machenschaften liegt. Oder soll das der Anfang des Abbaues im Arbeiterrecht sein, der seitens der Wiederaufbaupartei sicher schon lange geplant sein mag und nun nachdem sich die Arbeiter gegenseitig genug bekämpft und geschwächt haben, in die Wirklichkeit umgesetzt werden soll?

Es gilt zu wachen, um eventuellen Versuchen nach dieser Richtung ein Halt bieten zu können. Ueber den Ausgang dieser Angelegenheit wird berichtet werden.

X. Senft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Brüsseler Konferenz. — Mangelhafte Kohlenversorgung der Industrie. — Weitere Betriebseinschränkungen. — Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion.

S.A.K. Wenn man den Berichten der bürgerlichen Presse folgt, so haben die Vertreter Deutschlands auf der Brüsseler Konferenz einen guten Eindruck hinterlassen, und auch in einigen französischen Blättern fließt so nebenbei eine objektiv anerkennende Bemerkung ein. Ob dieser Eindruck ein nachhaltiger auf die Entente sein wird, muß erst das Ergebnis der Konferenz zeigen. Allerdings sollte man annehmen, daß nun so langsam auch bei den unzugänglichsten Staatsmännern der Westmächte die Einsicht dämmern müßte, von diesem Deutschland werden wir das große Schuldkonto nicht beglichen finden, das im Versailler Vertrag in einer Stunde des Kraftbewußtseins der Sieger diktiert wurde. Bei dem Diktat ist es geblieben und auch die Konferenz in Brüssel macht nicht den Eindruck einer Verhandlung, vielmehr einer Vernehmung der Angeklagten. Mit dem alldeutschen Kling-Klang kann man dabei nichts anfangen, von den kräftigen Fanfaren, die die Deutsche Volkspartei während der Wahl ertönen ließ, ist nichts zu spüren, man versucht es in dem bürgerlichen Kabinett mit gütlichen Vorstellungen. Das wird nicht hindern, daß man nachher wieder den starken Mann spielt. Wenig angenehm wird es gewesen sein, daß der Reichsbankpräsident Havenstein gleich zu Beginn seiner Rede eine unrichtige Darstellung der früher von der Regierung überreichten Denkschrift über den Stand des Außenhandels zugeben mußte.

Wenn die Berechnung der Warenpreise in der früheren Denkschrift so weit von den Tatsachen abwich, daß anstatt einer aktiven Handelsbilanz eine passive von sechs Milliarden im Monat erscheint, so wäre es doch eigenartig, wenn das Hervorheben dieser großen Differenz nicht auf der Gegenseite den ungünstigsten Eindruck ausgelöst hätte.

Uebrigens war die oberflächliche Art der Zusammenstellung der Handelsergebnisse seitens des statistischen Amtes so ziemlich allgemein bekannt, nur anscheinend nicht den Ressorts in der Regierung, denen die Sache anging. Wenn das Auswärtige Amt sich etwas weniger mit den wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigte, so könnte es der Sache einen Dienst leisten.

Das Angebot der Regierung, das Wiedergutmachungskonto durch Leistungen in Natura zu entlasten, soll auf der Gegenseite mit Verständnis aufgenommen worden sein. Es wäre eigentlich unbegreiflich, weshalb man dagegen sein könnte, denn besser als unser Papiergeld ist die Lieferung von Ware oder Materialien zum Wiederaufbau noch immer. Entscheidend ist nur, was wir liefern sollen oder was wir liefern können. Die Westmächte haben kein Interesse an Lieferungen, die ihre Industrie in der Inanspruchnahme zurücksetzen.

Wir aber werden die Notenpresse weiter in Bewegung bringen, um unserer Industrie zu zahlen, was aufs Wiedergutmachungskonto uns gutgeschrieben wird. Die Anrechnung wird mit gut deutschnationalem Empfinden reichlich bemessen werden; denn erst das Geschäft, dann das Vaterland. Wir werden damit abermals die deutsche Ausfuhr niederdrücken, und die passive Handelsbilanz wird weiter anwachsen, trotzdem Herr Havenstein gerade hier eine Aenderung für notwendig hält. Unsere Finanz- und Wirtschaftslage gestattet uns überhaupt nicht, irgendwelche erheblichen Leistungen zu übernehmen. Unsere Gegner würden besser fahren, wenn sie uns einmal zunächst fünf bis sechs Jahre ruhige Arbeit gönnten, um dann zu prüfen, welche Verpflichtungen wir tragen können. So werden wir immer wieder aufs neue zurückgeworfen, und der Gläubiger trifft einen zahlungsunfähigen Schuldner an, dessen Lebensbedingungen er herabsetzen kann, ohne einen Erfolg für seinen Anspruch, höchstens zur Befriedigung eines Haßempfindens zu erreichen.

• • •

Wie hart noch immer unsere viel zu geringe Steinkohlenförderung die industrielle Entwicklung aufhält, dafür gibt der Oktoberbericht wieder einen Anhalt.

Die Gas- und Elektrizitätswerke mußten sich eine weitere Kürzung ihrer Quote gefallen lassen, und minderten infolgedessen die Abgabe von Gas und Elektrizität. In einigen Hüttenwerken wurden wieder Hochöfen stillgelegt. Bei der mangelhaften Koksversorgung wurde die Verhüttung von ausländischen Erzen, die ergiebiger sind und weniger Brennmaterial fordern, bevorzugt. Nun sind z. B. im Westerwald gegenwärtig Eisenerze im Ueberfluß vorhanden, die aber keine Abnahme finden, weil die Verhüttung umständlicher ist und mehr Koks erfordert. Die wirtschaftliche Ausnützung der bei uns vorhandenen Erzmengen ist mithin unmöglich und wir belasten unsere Einfuhr mit den teueren schwedischen Erzen. Bei den west- und süddeutschen Betrieben der Eisen und Metall verarbeitenden Betriebe ist die Belieferung mit Kohle gegen den Monat Mai um 28 Prozent reduziert. Man befürchtet, daß guter Werkzeugstahl sehr bald vergriffen sein wird und dann vom Ausland eingeführt werden muß. Besonders wird über das Fehlen von Gasflamm- und Schmiedekohle geklagt, was zum teilweisen Stillegen der Maschinenfabriken und Werften führte.

Die Papier erzeugende Industrie mußte wegen Kohlenmangels 89 Betriebe mit 5057 Arbeitern ganz oder teilweise zum Stillstand bringen. Dabei fehlte es nicht an Absatzmöglichkeiten nach dem Auslande für eine erhöhte Produktion. Die chemische Industrie wies im August 92 Betriebe mit 1335 Arbeitstagen, im September 106 Betriebe mit 1645 Arbeitstagen Betriebseinschränkungen wegen Kohlenmangels auf. Im September lagen 22 Betriebe den ganzen Monat still. Nicht zuletzt trifft uns das Kohlenabkommen von Spa so hart, es verhindert eine wirtschaftliche Ausnützung der Betriebe und verschärft die Wirtschaftskrise durch den Mangel an Brennmaterial. Noch immer ist die Steigerung der Kohlenförderung entscheidend für die Gesundung der wirtschaftlichen Entwicklung.

• • •

Für unsere Lebensmittelversorgung wird künftig die Steigerung des Ertrags der heimischen Landwirtschaft entscheidend sein. Als ein aussichtsreichstes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, erscheint uns die bessere Anwendung von künstlichen Düngemitteln. Während nun bisher über einen Mangel an Düngemitteln geklagt wurde, ist jetzt ein Ueberfluß vorhanden, doch die Landwirte nehmen die Düngemittel nicht ab, weil man die hohen Ausgaben scheut. Richtig ist, daß im Durchschnitt gegen das Jahr 1913 die Düngemittel einen Preisaufschlag von 1025 Prozent aufweisen. Aber schließlich sind Roggen, Weizen und Kartoffeln auch um 1000 Prozent im Preis gestiegen und bei Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten, Oelsaaten, Butter und Fleisch geht die Steigerung bis zu 2000 Prozent. Es standen der Landwirtschaft im Jahre 1920 Düngemittel im Gesamtbetrag von 5257 Millionen Mark zur Verfügung. Ob die Landwirte diese Düngemittel in größeren Mengen abnehmen, wenn sie aus Staatsmitteln verbilligt werden, ist sehr fraglich; es sei denn, daß diese Verbilligung sehr reichlich bemessen wird. Denn es muß auffallen, daß vom Kalisyndikat eine mangelhafte Abnahme festgestellt wird, trotzdem hier die Preise um nur 500 Prozent hinaufgegangen sind. Ob nicht das Syndikat billiger verkaufen könnte, bleibe dahingestellt. Man fragt sich, was ist die Ursache dieser Zurückhaltung. Vielleicht eine ähnliche Erscheinung wie in Rußland, daß der Landwirt genügend Papiergeld daheim angesammelt hat und an einer Vermehrung kein Interesse mehr hat. Es genügt auch bei minderem Ertrag die Einnahme, denn der Gewinn fließt reichlich, überreichlich.

Aus den Zahlstellen.

Rostock. In der Philharmonie fand am 8. Dezember unsere Monatsversammlung statt, die gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand 1. Stellungnahme zum Reichslohntarif; 2. Verbandsangelegenheiten und 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt fand eine rege Aussprache statt. Da am 30. Juni kommenden Jahres der Reichstarif abläuft, so ist es Zeit, mit Verbesserungen, die an demselben vorzunehmen sind, aufzuwarten, damit die neuen Vorschläge rechtzeitig eingesandt werden können. Der Vorsitzende stellte also den Tarif zur Debatte. Die Redner äußerten sich aber sämtlich im ablehnenden Sinne. Sie führten etwa folgendes aus: Es wäre angebrachter, für Rostock den Akkord überhaupt abzuschaffen als sich nochmals in eine Ausarbeitung des Tarifs einzulassen. Denn was dabei heraus komme, dafür wäre der Reichslohntarif Beweis. Das Manöver der Unternehmer bestände darin: hier legen sie etwas zu, und dort reißen sie es wieder ab. Letzten Endes ist das Resultat gleich Null. Die Kollegen haben es satt, sich noch länger vor den Profitkarren der Unternehmer spannen zu lassen. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir hier in Norddeutschland so ziemlich die einzigen sind, die an dieser Einrichtung hängen geblieben sind. In Städten wie zum Beispiel in Kiel, Greifswald, Wolgast, Königsberg usw., wo früher im Akkord gearbeitet wurde, ist das Lohnwesen getreten. Sollte das für uns eine Unmöglichkeit sein? Heute ist es bei angestrengtester Arbeit nicht möglich, auf den Lohn zu kommen. Trotzdem ein jeder hergibt, was in seiner Macht liege. Aber ein den heutigen Anforderungen angepaßter Lohn komme nicht mehr heraus. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß auch in andern Berufszweigen die Akkordarbeit von der Bildfläche verschwunden ist. Es solle daher von Rostock aus der Ruf ergehen, an alle Schleifereien Deutschlands, wo noch im Akkord gearbeitet wird, mit uns den Kampf aufzunehmen zur Erreichung des gesteckten Ziels. Anschließend hieran wurden noch die Ferien erörtert. Es sei dieses

Eine Sache, der wir unser volles Augenmerk zuwenden müßten. Wie die Angestellten, so hätten auch die Arbeiter ein volles Anrecht auf Ferien. Es wird von Rostock aus beantragt, für Arbeiter, die bis zu einem Jahr im Betrieb beschäftigt sind, 3 Tage, bis zu 3 Jahren 6 Tage und darüber 12 Tage Urlaub zu gewähren. Des weiteren war in der voraufgegangenen Versammlung bei Bekanntgabe der neu bewilligten Teuerungszulage das Gebaren des Unternehmers Herrn Heinig auf der derzeitigen Sitzung scharf verurteilt worden und beschlossen, dieses in dem einzusendenden Bericht der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Der Schriftführer hatte dieses jedoch unterlassen; es wurde demselben eine gehörige Rüge erteilt und derselbe erneut beauftragt, dieses nachzuholen. Damit war der erste Punkt erledigt. Im 2. Punkt Verbandsangelegenheiten brachte der Vorsitzende der Versammlung zur Kenntnis, daß wir uns mit einer eingesandten Skizze, die zurückgekommen sei, im Unrecht befänden. Mit Interesse wurde der Bericht von der Sitzung, die zwischen dem V. D. G. und der Zentrale am 29. September getagt hatte, entgegen genommen. Aus diesem Schriftstück geht unter anderm klar hervor, daß die schmalen Flächen unter 20 Zentimeter als 20 zu bezahlen sind. Trotzdem wird hier am Ort nicht so bezahlt, obgleich der Betriebsrat schon des öfteren darauf hingewiesen hat. Das erwähnte Schreiben soll auf den Plätzen zur besseren Einsichtnahme den Kollegen zugestellt werden. Nach Erledigung einer weiteren unwesentlichen Sache ging man zum 3. Punkt Verschiedenes über. Es war bei früherer Gelegenheit schon einmal die Frage aufgeworfen worden, ob die hiesige Zahlstelle nicht auch ein Teil mit beitragen wolle für das dem verstorbenen Kollegen Staudinger zu errichtende Denkmal. Es war damals mit dem Hinweise, wenn die Zentrale hierin etwas einleiten würde, sich dem nicht zu verschließen, hingewiesen worden. Die Frage wurde, da nunmehr im Fachblatt aufgerufen worden ist, erneut aufgerollt. Die Versammlung äußerte sich im zustimmenden Sinne. Es wurden, nachdem der Kassierer den Stand der Kasse als gut bezeichnet hatte, 50 Mark dazu bewilligt. Weitere Sachen lagen nicht vor. Der Vorsitzende wünschte allen Kollegen ein fröhlich Weihnachtsfest und schloß hierauf die Versammlung.

Wurzen. Bezirkskonferenz am 19. 12. 1920. Der letzte Lohnvergleich vom 18. 11. (Schlichtungsausschuß Leipzig) hat wieder eine Reihe Unannehmlichkeiten durch die Auslegung der Unternehmer im Gefolge gehabt. Der Stundenlohn der allgemein um 20—40 Pf. erhöht wurde, soll nichtvollwertigen Arbeitern und Kriegsverletzten zugute kommen. Die Stundenlöhner bekommen nur 20 statt bis 40 Pf. Herr Zachmann sagt auf unsere Einwände, daß dies nicht richtig sei: „Ja, und wir meinen wieder, Ihre Ansicht ist falsch." So geht die Katzbalgerei um Groschen und um einen Schiedsspruch, der an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es wird beschlossen, auf gerichtlichem Wege dem Vergleichsvorschlag Geltung zu verschaffen. Bei der Besprechung des Reichsarbeitsvertrag wurde beschlossen, den Vertrag nicht zu kündigen, trotz vorhandener Mängel und Härten. Sollte die schon angekündigte Verkürzung der Arbeitszeit eintreten, dann darf kein Akkordarbeiter über den Stundenlohn verdienen, denn die Unternehmer wollen nur am Tagelohn sparen, die Produktion wollen sie nicht einschränken, der Akkordarbeiter darf sich ruhig im Interesse des Geldsacks kaputtschinden. Entlassungen sollen, wenn möglich, ganz vermieden werden. Die in Nr. 49 abgedruckte Arbeitsordnung wird empfohlen und am achtstündigen Arbeitstag festgehalten. Scharf verurteilt wurde die Ablehnung des besoldeten Bezirksleiters für unseren Bezirk. Erneut wird angeregt, daß bis 1. März eine Anstellung erfolgt. Für den scheidenden Bezirksleiter Alfred Holzweißig wurde, nachdem Kollege Kufner abgelehnt, Kollege Lohan gewählt, doch auch dieser erklärt, den Posten nur für kurze Zeit zu übernehmen. Gauleiter Mühle und sämtliche Kollegen sprachen dann in anerkennenden Worten dem Wirken des bisherigen Bezirksleiters Dank aus. Hoffen wir, daß auch im neuen Jahr der Bezirk viel Gutes für die Kollegen schafft.

Dillingen. Eine am 12. Dezember im Gasthaus zum „Weißen Roß" tagende, gutbesuchte Versammlung brachte einmütig zum Ausdruck, eine eigene Zahlstelle zu gründen. Betont wurde, daß unsere Interessen an Ort und Stelle schneller und gründlicher erledigt werden, als wenn wir einer anderen Zahlstelle anhingen. Als Vorsitzender und Kassierer wurde Kollege Hausch gewählt, zum Schriftführer Schmidt, Revisoren Breithammer und Kleinhenne. Der Vorsitzende appellierte an die Kollegen treuzusammenzustehen und alle Indifferenten im Beruf aus der Umgebung dem Verbande zuzuführen.

Adelebsen. In der Versammlung am 12. Dezember 1920 widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Staudinger einen Nachruf. Dann hielt der Sekretär Blanke vom Gewerkschaftskartell Göttingen ein Referat über die Bedeutung und Aufgaben des Kartells; anschließend behandelte er die Steuerabzüge. Nach dem Aussprache wurde beschlossen, dem Gewerkschaftskartell Göttingen ab 1. Januar 1921 beizutreten. Als Delegierten wurden die Kollegen Karl Deneke, Johannes Otte und Gustav Schäfer gewählt. (Der Bericht vom 15. Oktober ist fortgelassen, weil schon altersschwach. Red.)

Reichenbach (Odenwald). Am 19. 12. fand unsere Monatsversammlung statt, die mäßig besucht war. Erster Punkt der Tagesordnung war Arbeitsschluß vor Feiertagen. Es wurde beschlossen, an den Tarifbestimmungen festzuhalten, bei nächster Gelegenheit soll zur Durchführung gebracht werden, daß der halbe Tag vom Unternehmer getragen wird. Weiter wurde beschlossen, einen Lokalbeitrag von 25 Pf. pro Woche zu erheben. Dann gab der Vorsitzende Bericht über die in letzter Versammlung gemachten Anfragen. Es wurde ein Antrag gestellt, den Kollegen, die länger als 12 Wochen krank sind, eine Unterstützung zu gewähren, nach lebhafter Debatte wurde dem zugestimmt, dann wurde ein weiterer Antrag gestellt, die schlechten Versammlungsbesucher von dieser Begünstigung auszuschließen, dieser Antrag wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Einem erkrankten Kollegen wurde eine Unterstützung von 150 M. bewilligt. Es wurde bekanntgegeben, daß am 16. Januar unsere Generalversammlung stattfindet.

Treuchtlingen. In den Treuchtlinger Marmorwerken scheint ein ganz besonderer Umgangston mit den Arbeitern zu herrschen. Kürzlich waren einige Platten zu transportieren. Dabei entwickelte sich zwischen dem Obersäger Brandl und dem Bruchmeister Grimm einerseits und einigen Arbeitern folgender Dialog:

Brandl: So, vier Mann tragen hier und zwei dort!

Arbeiter: Die Platten sind zu schwer, die müssen wir mit sechs Mann tragen:

Brandl: Kreuzdonnerwetter! Die Platten können vier Mann tragen, sie sind nicht zu schwer, wenn ihr nicht wollt, dann schaut, daß ihr weiter kommt, ich kann euch nicht brauchen.

Arbeiter: Nein, wir bleiben und tragen zu sechs, wenn eine zerbricht, haben wir die Verantwortung zu tragen.

Brandl einen Arbeiter beiseite nehmend: Red' nicht so frech daher, sonst schmier ich Dich eine! (Chor der Arbeiter: Wir sind auch noch da!) Von mir aus macht was ihr wollt! (Geht ab, holt den Bruchmeister!)

Grimm: So, jetzt tragen vier Mann und langsam gehen, wer hinfällt, bekommt eine Schelle, und wenn ich eingesperrt werde.

Die Platten wurden dann schließlich doch zu sechs getragen. Die Firma sollte jedenfalls hier einmal zum Rechten sehen, ehe größerer Schaden entsteht. Diese Knutenbehandlung können die Steinarbeiter sich nicht gefallen lassen, sie gehört in die Rumpelkammer.

Ortenberg. Die Versammlung am 19. Dezember wurde vom Kollegen Menges-Frankfurt geführt. Zunächst wurde durch Erheben von den Plätzen dem verstorbenen Kollegen Herrmann die letzte Ehre erwiesen. Dann hielt Kollege Menges einen Vortrag über die Wirkung der Organisation und Aufgaben der Betriebsräte. Die Versammlung war von 55 Mitgliedern besucht. Beschlossen wurde, einen Ortszuschlag von 20 Pfennig im neuen Jahre zu erheben. Weiter wurde über die Kündigung des alten Tarifvertrags beraten. Geklagt wurde über die Zeitung, die in letzter Zeit sehr knapp zugeteilt wird. Jedes Mitglied will seinen „Steinarbeiter" haben. Der Vorsitzende versprach Abhilfe.

Rundschau.

In unserem Verbande vollziehen sich mit dem 1. Januar einige Personal-Aenderungen. Die Kollegen Ernst Winckler und L. Jahrmarkt kommen ins Hauptbureau. Letzterer als Sekretär und ersterer übernimmt die Geschäftsführung des Verbandes. Die Kollegen Wilhelm Tschoeckel und Adolf Menges übernehmen die Funktion eines Gauleiters. Des weiteren hat das Kalksteingebiet Dornap-Wülfrath den Kollegen E. Rix-Dornap zum Bezirksleiter resp. Lokalangestellten gewählt. Die Redaktion weiß sich mit den Verbandsmitgliedern darin einig, wenn sie all den genannten Kollegen in ihrem neuen Wirkungskreis viel Erfolg zum Besten der Steinarbeiter Deutschlands wünscht.

Gewerkschaftliches. Der Rückgang der Xylographie durch den Fortschritt der Reproduktionstechniken hat auch den kleinen Verband der Xylographen veranlaßt, mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker Verhandlungen zum Anschluß zu suchen. Letzterer ist jetzt unter günstigen Bedingungen für die Xylographen vollzogen.

Der Malerverband kann auf gute Fortschritte organisatorisch und finanziell im verflossenen Jahre zurückblicken. Zunahme bis zum 3. Quartal um 5522 Mitglieder, insgesamt 55 104. Kassenbestand 2 369 988 M.

Die Urabstimmung im Buchdruckerverband über die erneuerte Tarifgemeinschaft ab 1. Januar 1921 ergab 40 259 Gehilfen dafür und 24 257 dagegen. Von den Hilfsarbeitern stimmten 19 964 für Annahme und 10 444 für Ablehnung. Der Tarif ist damit wieder auf 2 Jahre angenommen. Die Prinzipale haben dem Abschluß zugestimmt.

Im Metallarbeiter-Verband haben bei der Urabstimmung sich 207 450 Mitglieder für und 102 175 gegen die Beitrags- und Streikunterstützungserhöhung entschieden. Die Wochenbeiträge betragen im Metallarbeiterverband nunmehr 1.20, 1.70 und 3 Mark.

Ein scharfes Wort gegen Arbeitermaßregelungen. Der preußische Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, antwortete bei der 2. Lesung des Forsthaushalts am 14. Dezember in der Preuß. Landesversammlung auf die Beschwerden der Forstarbeiter über unrechtmäßige Behandlung durch Forstbeamte. Dabei forderte der Minister auf, ihm alle Reviere, in denen der von der Forstverwaltung abgeschlossene Tarifvertrag mit den Forstarbeitern nicht eingehalten wird, unter Schilderung der einzelnen Fälle namhaft zu machen. Zu der Frage der Akkordlöhne erinnerte der Minister daran, daß sie so festgesetzt werden müssen, daß ein geübter Arbeiter etwa 25 bis 20 Prozent mehr als den Lohnsatz verdient. Ein scharfes Wort sagte der Minister zu den Beschwerden über Revierverwalter und Oberförster, die den Waldarbeitern gedroht hätten, sie würden aus der Arbeit hinausfliegen, wenn sie ihrem Verbande beitreten würden. Dazu erklärte der Minister wörtlich: **„Ich werde jeden Forstbeamten bestrafen, der es wagt, einen Waldarbeiter oder einen Beamten wegen seiner Organisationszugehörigkeit oder wegen seiner politischen Ueberzeugung von der Arbeit auszuschließen oder bei der Arbeit zu benachteiligen oder bei Nutzungen, die ihm gewährt werden, in Nachteil zu setzen."**

Der Minister teilte ferner mit, daß unter Dransetzung aller Mittel, z. B. auch durch Aufkauf alter Häuser auf dem Lande, die Wohnungsfrage für die Waldarbeiter und für die Forstbetriebsbeamten gelöst werden soll.

Zum Jahreswechsel

allen Verbandsmitgliedern, Freunden und Mitarbeitern unsere Gratulation und die besten Wünsche

*

Redaktion / Zentralvorstand

Vom unverfälschten Klassenkampf. In der Metallarbeiterzeitung ist zu lesen: Wir haben in Deutschland reichlich viel Klassenkampforganisationen. Je weiter es nach links geht, werden sie immer unentwegter, zielbewußter und rassechter. Am äußersten Flügel, mit gewaltiger Selbstüberhebung, stehen die Syndikalisten. Unerbittlich wollen sie die bestehende Gesellschaftsordnung stürzen — und laufen der Regierung nach, nur um mit den Arbeitgebern verhandeln zu dürfen. Unglaublich aber wahr; man lese nur folgenden Schreibebrief, den ein günstiger Wind uns auf den Tisch wehte:

Freie Arbeiter-Union Dillingen, 4. November 1920.
Föderation der Metall- u. Industrie-Arbeiter
Ortsgruppe Dillingen
An die hochlöbliche Saarregierung.

Da von seiten der Sekretäre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes versucht wird, in den Versammlungen uns die Mitglieder abzufangen durch brutale Lüge, indem sie erklären, wir seien keine von der Saarregierung anerkannte Organisation und diesbezüglich nicht verhandlungsfähig.

So möchten wir die Saarregierung bitten, da wir von ihr als bestehende Organisation im Saargebiet anerkannt, ob wir berechtigt sind mit dem Arbeitgeber-Verband Lohnverhandlungen zu führen oder nicht.

Ferner ersuchen wir die Saarregierung um die Erlaubnis, einen Referenten für unsere Versammlungen von rechtsrheinisch zuziehen zu dürfen, um das Wesen der freien Arbeiter-Union von Grund auf zu schildern. Im voraus mache ich darauf aufmerksam, daß wir politisch vollständig neutral sind und diesbezüglich unsere Referenten keine Staatspolitik betreiben.

Ich Unterzeichneter übernehme dahin die volle Verantwortung.

In Erwartung baldmöglichster Benachrichtigung unserer Fragen unterzeichnet hochachtungsvoll

Karl Jöckel, Dillingen, Bitterfeldstr. 20.

Es geht doch nichts über die Syndikalisten. Einmal wollen sie den ganzen Staat auflösen, und dann erklären sie keine Staatspolitik zu treiben und dafür will noch einer die volle Verantwortung übernehmen.

Wirklich tüchtige „Klassenkämpfer" sind's. Dafür gibt es noch eine viel zutreffendere Bezeichnung.

Zum Umbau der deutschen Sozialversicherung. Zum Beginn des Gesamtumbaus der deutschen Sozialversicherung erläßt das Reichsarbeitsministerium in der ersten Dezembernummer des Reichsarbeitsblattes eine amtliche Kundgebung. Die Versicherung soll vereinfacht und vereinheitlicht, und es soll ein klares, leichtverständliches, alle Zweige der Sozialversicherung umfassendes Gesetz geschaffen werden. Das Gesetz soll den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angepaßt und im möglichst wirtschaftlichen und schadenverhütenden Sinne ausgebaut, die Mitarbeit der Versicherten und der Arbeitgeber sowie der Aerzte soll erweitert und vertieft werden. Der Umbau soll im Einvernehmen mit allen beteiligten Stellen vor sich gehen. Zur Vorbereitung des Umbaues werden vom Reichsarbeitsministerium im Frühjahr 1921 „Grundzüge der deutschen Sozialversicherung" herausgegeben werden, die eine planmäßige Zusammenfassung und Gegenüberstellung des bisherigen Rechtes der Sozialversicherung enthalten. Für die mit dem Umbau befaßten Behörden, Verbände und Einzelpersonen soll damit ein Hilfsmittel geschaffen werden. Bestellungen sind an das Reichsarbeitsministerium, Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35 (Zentralbureau), bis Ende Februar 1921 zu richten. Der Preis wird sich auf etwa 40 M. belaufen.

Am 1. Januar 1921 ist der erste Beitrag im neuen Jahr fällig!

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei sogenannten „Uebertritten" aus anderen Organisationen haben die örtlichen Kassierer ab 1. Januar jedesmal ein Mitgliedsbuch oder Karte vom Zahlstellenvorrat, und zwar der laufenden Nummer nach an die Hauptkasse mit einzusenden. Die Umschreibungen werden nur in der Hauptstelle vollzogen.

*

Von einem Zahlstellenkassierer wird mitgeteilt, daß ihm schon öfter Mitgliedsbücher in die Hände gekommen seien, in denen die gestempelte Verbandsnummer durchstrichen und eine andere Nummer darunter geschrieben war. Dadurch entstehen Doppelnummern, was bei Unterstützungsansprüchen ohne weiteres zu Differenzen führen muß, weil in der Verbandskartothek jede Nummer nur einmal vorhanden ist, folglich die Inhaber von Mitgliedsbüchern mit geschriebenen Verbandsnummern um ihre Rechte kommen.

Jeder Kollege achte deshalb streng darauf, daß ihm nur ein **Mitgliedsbuch mit gestempelter Verbandsnummer** ausgehändigt wird, in dem aber auch alle bisherigen Leistungen und die im Jahre 1920 bezogenen Unterstützungen richtig vorgetragen sind.

Alle Funktionäre werden ersucht, Bücher mit geschriebener Verbandsnummer anzuhalten und an den Verbandsvorstand einzusenden.

*

Beschwerden über „Steinarbeiter"-Versand sind nur dann nachzuprüfen, wenn die auf jeder Verpackung (Adresse) angegebene Stückzahl mit eingesandt wird.

*

Jahrgang des „Steinarbeiter". Eine rührige Ortsverwaltung sammelt zum Nachschlagen das Fachorgan und läßt es am Jahresschluß einbinden.

*

Ausgeschlossen wurde der Steinmetz Karl Robel aus Dillingen nach § 8 Absatz 5 b des Statuts.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Bielefeld. Der Steinmetz Wilhelm Marx, geboren 7. März 1880 zu Halle, wurde laut Versammlungsbeschluß ausgeschlossen, weil er sich an das Beitragszahlen nicht gewöhnen kann.

Duisburg. Der Kollege Albrecht Günther, Steinsäger, geb. 3. 8. 1880 in Marktleuthen, soll sich bei seinem Bruder Georg Günther, Buschhausen b. Sterkrade, Hagenstraße 96, melden; es handelt sich um wichtige Mitteilungen. Albrecht Günther ist auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Adressenänderungen.

4. Gau.

Osnabrück. Vors.: Peter Buhr, Dillinger Str. 1 b. Rokers.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Sozialistische Gemeinde" Nr. 23/24. Doppelnummer. Diese Wochenschrift der U. S. P. für kommunale Fragen, hat in jeder Nummer reiche Anregung. Preis der Einzelnummer 50 Pfennig. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

Der Hund, vom „Standpunkte des Hundes". Für jung und alt geschildert von Th. Zell. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis broschiert 9 Mark, gebunden 12 Mark.

Der Verfasser kennt die Gewohnheiten der Tiere, das geht aus der Lektüre hervor; in eindrucksvoller, lebhaft interessierender Weise macht er die Ergebnisse seiner Beobachtungen allgemein verständlich. Deshalb hat das Buch praktische Bedeutung.

Die Betriebsrätezeitung, Nr. 7, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes liegt dieser „Steinarbeiter"-Sendung Nr. 1 für die Zahlstellen bei. Die Zeitung ist in jeder Zahlstelle zu sammeln und soll jedem Mitgliede zum Lesen zur Verfügung stehen.

„Der Firn", Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. „Der Firn" erscheint halbmonatlich und ist durch alle Buchhandlungen, alle Postanstalten oder direkt vom Verlag: „Der Firn", Berlin W 57, zu beziehen. Abonnementspreis: vierteljährlich (6 Hefte) 5.50 Mark; bei Zustellung durch den Verlag 20 Pfennig für Porto pro Heft extra; Einzelheft 1.20 Mark; Probenummern kostenlos.

Versammlungs-Anzeige.

Pforzheim u. Umgeb. Am Sonntag, 9. Januar, Gasthaus zum Römer in Brötzingen.

Anzeigen

Achtung! Zahlstelle Berlin!

1. Bei der Weihnachtsunterstützung für Erwerbslose kommen selbstverständlich auch die kranken Kollegen in Frage, die bis zum 15. Dezember krank gemeldet waren.

2. Laut Versammlungsbeschluß hat jeder Kollege, der 32 Stunden und darüber arbeitet, 2 Prozent seines Verdienstes als Extrasteuer zu entrichten zur Unterstützung der erwerbslosen Kollegen. Die Extrasteuer tritt mit der ersten Woche im Januar in Kraft und hat solange Geltung, bis der Beschluß von der Versammlung wieder aufgehoben wird. Extramarken sind in allen Zahlstellen und von den Kassierern zu entnehmen.

3. Zur Umschreibung müssen alle Bücher, in denen bis zur 52 ten Woche Beiträge entrichtet sind, im Bureau abgegeben werden.

Die Ortsverwaltung.

Suche selbständigen und fleißigen

Kunststein-, Terrazzo- und Zementwaren-Arbeiter

selbiger muß hauptsächlich in marmorierten Kunststein gut eingearbeitet sein. Antritt sofort. Angebote unter

Albin Fietsch, Kunststeinfabrikation, Gera-Debschwitz, Hermannstr. 13

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

einige perfekte Marmorschleifer

die alle Arbeiten selbständig ausführen können. Unterkunft vorhanden.

Gebrüder Vates, Marktleuthen, Fichtelgebirge.

Tücht. Schrifthauer und Zeichner für sofort gesucht, durchaus tüchtiger Maschinenschleifer

auf Hart-stein (Rundschleif) kann sofort eintreten.

C. & P. Quirbach, Betzdorf (Sieg).

Jüngerer Steinmetz

auf Grabsteinarbeit für dauernd gesucht. Kost und Logis im Hause.

V. Schütz, Bildhauer, Dettelbach a. M.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Lauban** am 7. November der Hilfsarbeiter **Heinrich Röffel,** 60 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Strehlen** am 27. November der Brecher **Karl Scholz,** 56 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Teuschnitz** am 16. Dezember der Hilfsarbeiter **Johann Scherbel,** 22 Jahre alt, Unfall auf dem Wege zur Arbeit.

In **Königshain** am 28. Dezember der Pflastersteinmacher **Hermann Kaweike,** 45 Jahre alt, Unglücksfall.

In **Greiz** am 24. Dezember der Sandsteinmetz **Hermann Schmidt,** 47 Jahre alt, Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.